

Berantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
In Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.
Anzeigen, die kleinere oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Fürst Bismarck und der Bundesrat.

Der 4. Band von Posthingers "Fürst Bismarck und der Bundesrat", der die Zeit von 1878—1881 behandelt, bietet für die Bismarckforschung vielfach um so wertvoller Material, als die Thätigkeit des Bundesrates sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzieht und nur wenig Gingenweisen bekannt wird. Zum ersten kommt an, daß der Bundesrat eine wesentlich formelle Behörde ist, aber wenigstens in dem Zeitabschnitt von 1878 bis 1881 war er es sicher nicht, und wie im Reichstage, so hatte Bismarck auch im Bundesrat oft mit Schwierigkeiten und Widerständen zu rechnen, deren Überwindung ihm viele Mühe machte und nicht immer gelang. Die durch die Majorisierung Preußens, Sachsen und Württemberg in einer Stempelfrage herbeigeführte Reichskanzlerkrise und die Kämpfe im Bundesrat wegen der Einziehung Hamburgs in das deutsche Zollgebiet werden mit besonderer Ausführlichkeit behandelt. Auch heute noch, wo der Kampf der Meinungen über das bessere Steuersystem weit entfernt ist, ausgesuchten zu werden, ist es im Interesse, wie Bismarck sich in einem Schreiben an den Bundesrat Friederichsen vom 15. Dezember 1878 äußert:

"Es beruht nicht auf Zufall — so sagt er — daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschritten politischer und wirtschaftlicher Entwicklung, die Deckung ihrer Ausgaben vorausweise in dem Ertrag der Zölle und indirekten Steuern suchen. Die direkte Steuer, welche in einem für jeden einzelnen Steuerpflichtigen im Vorraus festgestellten Betrage dem einzelnen Besteuernden abgefordert und nötigenfalls durch Zwang von ihm begetrieben wird, wirkt ihrer Natur nach drückender als jede indirekte Abgabe, die in ihrem Betrage sowohl der Gesamtheit als dem einzelnen gegenüber an dem Umfang des Verbrauchs besteueter Gegenstände sich anschließt und, soweit sie den einzelnen Konsumanten trifft, von diesem in der Regel nicht besonders, sondern in und mit dem Preise der Waaren entrichtet wird. In dem größten Theile Deutschlands haben die direkten Steuern einschließlich der Kommunalabgaben eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirtschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter der selben gegenwärtig diejenigen Mittelklassen, deren Einkommen sich etwa in der Grenze bis zu 6000 Mark bewegt, und welche durch egenbürtig begetriebene oder über ihre Kräfte gezahlte direkte Steuern noch häufiger als die Angehörigen der untersten Steuerklassen in ihrem wirtschaftlichen Bestande untergraben werden. Soll die Steuerreform, wie ich es für erforderlich halte, in ihren Erleichterungen bis zu diesen Grenzen reichen, so muß sie bei der Revision des Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen. Sehr ergiebiger man das Zollsysteem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen. Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reiches nicht eine Erhöhung der Gesamtsteuerlast bezweckt werden kann. Das Maß der Gesamtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Ausgaben, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfnis des Reiches oder Staates entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Verstärkung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, daß das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde. Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reiches muß deshalb die nothwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staats wegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswert erscheint, so viel erlassen oder an Kommunalverbände übertragen wird, als für die Deckung der im Einverständnis mit der Volksvertretung festgelegten Staatsausgaben entbehrlich wird. Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reiches und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Übertragung eines größeren Theiles der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarifrevision dienen soll."

Ferner geben wir noch wieder einen Brief des Fürsten Bismarck an Kaiser Wilhelm I., der abermals die Vorliebe des Fürsten für biblische Zitate zeigt und mit dem es folgende Beantwortung hat: Der König schenkte Bismarck zum Weihnachtsabend einen Spazierstock. Bismarck legte sich unmittelbar nach Empfang des Geschenkes nieder, um den König in einem Schreiben seinen Dank auszusprechen. Als er den Brief noch einmal durchlas, sah er, daß ein Wort doppelt geschrieben war. Er entschloß sich, den Brief noch einmal aufzuschreiben. Dies geschah, und der ursprüngliche Brief wurde beiseite gelegt. Dieser Brief, der Herrn v. Liedemann im Jahre 1878 beim Siechen von Manuskripten auf seine Bitte vom Fürsten überlassen wurde, ist datirt Berlin, 24. Dezember 1864, und lautet:

Ew. Majestät sage ich meinen ehrfurchtsvollen und wärmsten Dank dafür, daß Allerhöchstes dieselben meiner heute in Gnaden gedacht haben. Möge Gott mir soviel Kraft geben, als ich guten Willen habe, den Stab, dessen Symbol Ew. Majestät mir als ein lebenslänglich theures Andenken hante schenken, nach Allerhöchstes Ihrem Willen zum Heile unseres Vaterlandes zu führen. Ich habe das gläubige Vertrauen zu Gott, daß Ew. Majestät Stab im deutschen Lande blühen werde wie der Stecken Acros laut dem 4. Buch Moses im 17. Kapitel, und daß er zur Noth sich auch in die Schlange verwandeln werde, welche die übrigen Stäbe verdingt, wie es in 7. Kapitel des 2. Buches erzählt ist. Verzeihen Ew. Majestät meinem dankbaren Gefühl diese Bezeugnahme. Angesichts des Weihnachtsfestes habe ich das Bedürfnis, Ew. Majestät zu versichern, daß meine Treue und mein Gehorsam gegen den Herrn, den Gott mir auf Erdem gesetzt hat, auf derselben festen Grundlage beruhen wie mein Glaube. In tieferer Ehrfurcht und unanwalterbarer Treue ersterbe ich Ew. Majestät allerunterthänigster.

Der gesamte Seeverkehr in den deutschen Hafenplätzen

stellte sich im Jahre 1896 auf 147 596 zu Handelszwecken angekommene und abgegangene Schiffe mit 31 046 488 Reg.-Tons Netto-Raumgehalt gegenüber 133 830 Schiffen mit 30 488 749 Reg.-Tons im Vorjahr. Diese Zahlen ergeben eine Zunahme des Schiffswerkehrs um 13 706 Schiffe und 577 739 Reg.-Tons. Was das Raumgehalt betrifft, so ist bei einer Vergleichung mit den Vorjahren zu berücksichtigen, daß nach der am 1. März 1895 erlassenen neuen Schiffserverordnung seit dem 1. Juli 1895 ein nicht unbedeuternder Theil der deutschen Seeschiffe und wohl auch der in deutschen Häfen ein- und ausgelaufenen fremden Schiffen neu vermessen worden ist, wobei der Netto-Raumgehalt der Schiffe in der Regel niedriger festgestellt wird als nach dem früher geltenden Verfahren. Während der Verkehr der Segelschiffe der Zahl nach um 8148 Schiffe, dem Raumgehalt nach um 431 958 Reg.-Tons zugenommen hat, ist der Dampferverkehr um 588 Schiffe und 145 781 Reg.-Tons gewachsen.

In Bezug auf die drei Hauptverkehrsrichtungen führt die Vergleichung zu folgenden Ergebnissen: 1. Im Verkehr der deutschen Häfen unter sich vermehrte sich die Zahl der Schiffe um 7304, der Raumgehalt um 444 751 Reg.-Tons. 2. Im Verkehr zwischen deutschen und ausländischen europäischen Häfen stieg die Zahl der Schiffe um 6287, der Raumgehalt um 38 290 Reg.-Tons. 3. Im Verkehr zwischen deutschen und außereuropäischen Häfen (einschließlich der deutschen Schutzgebiete) hat die Zahl der Schiffe um 115 und der Raumgehalt um 94 875 Reg.-Tons zugenommen. Von der Gesamtzahl der Schiffe im richtigen Verhältnis zu jenen Kosten stände würde, mit denen die zu seinem Schutz unternommene Vermehrung der Seemacht verbunden wäre. Es mag sein, daß es für die noch im Anstand befindende, sich langsam entwickelnde ungarische Industrie wenigstens von indirektem Vorteil wäre, wenn ein Theil der Produktion der Industrie erweiterte und, namentlich jenseits des Meeres, neue Absatzgebiete gewinnen würde. Dieser indirekte Vorteil würde sich erst in einer entfernten Zukunft fühlbar machen, während die Kosten der beaufsichtigten Flottenvermehrung sofort und unmittelbar auf die Schifffahrt unseres Ozeans schwer belasteten Kosten drücken würden, dessen Interesse in erster Reihe nicht eine extensive, sondern eine intensive Entwicklung unseres Handels und unserer Politik erheischt. Daher beschränkt sich der Ausschluß für auswärtige Angelegenheiten in seinem Antrage auf die im engsten Sinne genommene auswärtige Politik; und da er in dieser nur eine konsequente, zielbewußte und energische Fortsetzung jener vom Minister des Auswärtigen seit seinem Amtsantritt begoltenen Politik sieht, welche von Seiten der ungarischen Delegation wiederholte gebilligt wurde, stellt dieser Ausschluß den Antrag, die ungarische Delegation möge beschließen: daß sie die vom Minister des Auswärtigen begoltenen Politik, sowohl bezüglich der leitenden Ideen als auch bezüglich der praktischen Durchführung derselben unbedingt billigt, dem Minister für die ebenso geschickte als würdevolle und erfolgreiche Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten wärmste Anerkennung auspricht und dessen Budget annimmt.

Die österreichische Politik.

Der dem Ausschluß für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation unterbreitete Bericht des Referenten Falz erinnert beispielhaft des Dreibundes daran, was derzeitliche Ausschluß schon in dem vorjährigen Berichte ausgesprochen habe. Diesem Bericht schließe sich auch der gegenwärtige Ausschluß unbedingt an. Wenn er es auch für etwas Selbstverständliches betrachte, so nehme er doch jedesmal mit erneuter Freude von der kompetenter Seite kommende Versicherung entgegen, daß dieser Bund in ungefährer Kraft fortbestehe. Wenn demnach der Ausschluß seinerseits auch nichts Beunruhigendes darin erblickt, daß in der diesjährigen Ansprache des Kaisers des Dreibundes nicht besonders gedacht worden sei, nehme der selbe doch mit einer Befriedigung die erneute Erklärung des Ministers entgegen, wonach eine jeweilsmaige ausdrückliche Verurteilung auf den Dreibund in der allerhöchsten Ansprache aus dem Grunde nicht nötig sei, weil dieses Bündnis nicht auf kurze Zeit geschlossen, sondern ein festes Werk sei, welches die Basis der Politik des Reiches bilden. Es sei auf diese hinzu hinzugefügt, daß die Basis der Politik des Reiches nicht mehr und warum die Regierung diese Erwägung nicht zur Grundlage ihrer Politik gemacht habe. Die Befragung von Weihaiwei bringt England in diesem Theile der Welt in direkten Gegensatz zu Russland. Es könnte nicht einsehen, wie während Russland die Mandschurei mit einer großen Truppenmacht befreie, die Beifig sei erkannt worden, um an die Einfahrt des Bootes von Weihaiwei England befähigen sollte, dem Vordringen Russlands Widerpart zu halten. Kimberley spricht hierauf von dem Werth der Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen und erwähnt dann die Red Chamberlains in Birmingham; er sagt, Chamberlain komme in seiner Rede zu dem Schluß, daß die Zeit für eine große diplomatische Aenderung gekommen sei. Mit der von Chamberlain angedeuteten Allianz könne nur eine solche zur gegenwärtigen Befreiung gegen Russland gemeint sein. Sei der Augenblick für eine große Veränderung gekommen, so sei auch die Regierung vielleicht schon so weit, daß das Haus von einer großen Allianz mit einer europäischen Macht hören werde. Es könnte eine Allianz mit den Vereinigten Staaten sich nicht denken, weil solche Allianz nicht mit der Politik Amerikas im Einklang stehen würde; wenn die Regierung der Allianz nicht so nahe sei, daß deren Abschluß nahe bevorstehe, könnte kein Schritt des Abschlusses leichter vereiteln, als Chamberlains Rede. Das Land wünschte Klarheit über die Grundlage der Regierungspolitik.

Salisbury antwortet auf die Anfrage Kimberleys: Kimberley hat der Regierung mitgetheilt, daß er anfragen werde in Bezug auf die Absichten, welche wir gegen in Bezug auf Weihaiwei. Es war unmöglich für mich, seine Absicht, wegen der Red Chamberlains anzuhören, vorzutragen. Ich fühle mich nicht verpflichtet, auf eine Diskussion über diese Rede einzugehen, ohne daß ich den Text derselben in meinen Händen habe. Der größere Theil der Gründe Chamberlains wendet sich mit der Interpretation, welche man den verschiedenen Neuerungen Chamberlains giebt. Ich kann nicht ohne die entsprechende Gelegenheit zur Prüfung der Untersuchungen Kimberleys in einer Diskussion mit ihm über diese Angelegenheit eintreten. Ich will nur bei einer Sache vernehmen, über die Kimberley gesprochen hat und auf die auch von Chamberlain angespielt worden ist, nämlich auf die Wirkung der Haltung der vorigen Regierung beim Ende des chinesisch-japanischen Krieges. Ich stimme überwiegend mit dem Grundsatze Kimberleys, daß es nicht wünschenswert für uns ist, die Hand dazu zu bieten, wenn man den Sieger, der Früchte seines Sieges, heraußiebt, um den Sieger, der im größten Gegensatz zu unserer Politik steht, irgend etwas zu thun, was die aufstrebende Macht Japan, mit der uns so viele Gründe zum Zusammenstreiten und zur Sympathie verbinden, uns zu entfremden gezeigt wäre. Wenn ich die Politik der vorigen Regierung zu kritisieren hätte,

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 18. Mai 1898.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Moos, Haasenstein & Bogler, G. L. Danne, Einzelhandel, Berlin, Bern, Brind, Max Gerlmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S., Fulda, Bark & Co., Hamburg, Job, Nootkaar, A. Steiner, William Wiltens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Copenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Kronenorden 2. Klasse dem Bezirkspräsidenten des Obereslaß Halm. Um 12 Uhr begab sich der Kaiser in das Statthalter-Palais und fuhr von dort nach dem Bahnhofe, um den von Meineg eintreffenden Prinzen Joachim und die Prinzessin Luise zu empfangen. Gleichzeitig hielt der Kaiser an der Spitze der Fahnenkompanie seinen Einzug in die Stadt, überall mit jubelnden Zuschauern begrüßt. Nach der Ankunft der Kaiserin und der kaiserlichen Kinder begab sich der Kaiser in das Generalquartier, wo bei dem General von Falkenstein das Frühstück eingenommen wurde. Um 5 Uhr erfolgte die Abreise des Kaiserpaars; Statthalter Fürst Hohenlohe, dem gegenüber der Kaiser sich wiederholt sehr befreit, über den Aufenthalt im Elsass und namentlich in der Hauptstadt des Landes ausgesprochen hatte, begleitete die Kaiserin nach dem Bahnhofe. — Wie wir in der "Itg. f. Niederr." lesen, wird die Kaiserin in nächster Zeit die Stadt Oranienburg besuchen. Kurz nach Pfingsten sei nämlich von der Kaiserin ein erneuter Besuch der Heilquelle am Grabowsee vorgesehen, und diesmal dürfte die Kaiserin auch eine Besichtigung der Stadt, des Wasserhauses u. s. w. unternehmen, was schon bei dem Besuch vor zwei Jahren geplant war, aber wegen der mangelnden Zeit nur zum Theil ausgeführt werden konnte.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Von der spanischen Ministerkrisis liegt noch keine thathafte neue Meldung vor. Einige Madrider Blätter waren der Ansicht, daß Sagasta und Gamazo sich noch gestern über die wirtschaftlichen Fragen einigten und das neue Cabinet durch die Flotte eintreten könnte, der Handel Ungarns so gering, daß wir voraussichtlich noch sehr lange auf jene Zeit werden warten müssen, wo der durch den ungarischen Handel repräsentierte Werth in richtigem Verhältnis zu jenen Kosten stände würde, mit denen die zu seinem Schutz unternommene Vermehrung der Seemacht verbunden wäre. Es mag sein, daß es für die noch im Anstand befindende, sich langsam entwickelnde ungarische Industrie wenigstens von indirektem Vorteil wäre, wenn ein Theil der Produktion der Industrie erweiterte und, namentlich jenseits des Meeres, neue Absatzgebiete gewinnen würde. Andere Blätter meinen, Sagasta werde in Folge der Schwierigkeit, ein kraftvolles Ministerium zu bilden, sich genötigt sehen, den Auftrag der Umbildung des Cabinets in die Hände des Königin-Regenten zurückzulegen; dies wird indessen von der offiziellen "Agencia Fabra" als nicht wahrscheinlich bezeichnet.

Auch vom westlichen Kriegsschauplatze lagen bis gestern Abend keine Nachrichten von größerer Bedeutung vor. Der Inhalt der Meldungen läßt sich dahin zusammenfassen, daß die spanische Flotte wieder einmal verschwunden ist und daß die amerikanische sich ansieht, sie in den Sibens zu erwarten. Es scheint ferner, als ob man in Amerika von dem Erscheinen weiterer spanischer Kriegsschiffe bei Martinique überrascht und beunruhigt ist; auch wird aus amerikanischer Sicht jetzt bestätigt, daß das Bombardement von St. Juan auf Portorico den spanischen Besitzungen sehr geringen Schaden zugefügt hat.

Aus Curacao wird telegraphiert: Die Flotte des Admirals Cervera wurde gestern nicht gesehen. Bei der Abfahrt am Sonntag Abend dampften die spanischen Schiffe nach Westen. Die "Biscaya" und die "Infanta Maria Teresa" hatten 700 Tonnen Kohlen und eine große Menge Lebensmittel an Bord genommen.

Eine Depesche aus St. Pierre (Martinique) beagt, daß der spanische Torpedobootszerstörer "Terror" liege noch im Hafen von Fort de France. Die Kesselröhren und die Schrauben des Schiffes sind gebrauchsunfähig. Auch das Ambulanzschiff "Alicante" sei im Fort de France; der "Terror" wolle dem Ambulanzschiff Kohlen einnehmen.

Die "New York Tribune" wird aus Washington gemeldet: Admiral Sampson benachrichtigte gestern die Marineverwaltung, er habe beschlossen, nach dem Süden zu gehen und dort die Kriegsschiffe so aufzustellen, daß sie die Zugänge nach Santiago und Guantanamo gegen die Spanier verteidigen. Bei der Abfahrt am Sonntag Abend dampften die spanischen Schiffe nach Westen. Die "Biscaya" und die "Infanta Maria Teresa" hatten 700 Tonnen Kohlen und eine große Menge Lebensmittel an Bord genommen.

Eine sonderbare Folge hat der Besuch des Gemeinderaths zu Heilbronn wegen Aufstellung des Volksfeindes gebaut. In einer Eingabe an den Bürgerausschuß, dessen Besitzung in dieser Frage noch aussteht, haben nämlich der "Frank. Ztg." auf 17. Mai verfügt, daß das Schießen gegen den Verein deutschstädtischer Schießvereine zugelassen wird.

In Spanien ist man gegen das amerikanische Kriegsschiff, das zur Auswechselung von Gefangenen vor Havanna erschienen ist, sehr misstrauisch. Eine Meldung der "Agencia Fabra" besagt:

Gavanna, 17. Mai. Hier nimmt man allgemein an, daß das amerikanische Kanonenboot "Triton" nicht im Ernst mit der Aufgabe ersehen sei den Austausch von Gefangenen vorzuschlagen. Man glaubt, dieser Vorgang sei erkennen worden, um an die Einfahrt des Bootes von Havanna zu gehn und dort die Kriegsschiffe des Centralvereins für Schifffahrt mit seinen Vereinigungen haben ihren Beitritt zur Bezugsvereinigung der deutschen Landwirtschaft erklärt. Die Vereinigungen haben dem Vorgehen der Bezugsvereinigung im Kampf gegen den Verein deutschstädtischer Thomasapparate zugeschaut. Eine sonderbare Folge hat der Besuch des Gemeinderaths zu Heilbronn wegen Aufstellung des Volksfeindes gebaut. In einer Eingabe an den Bürgerausschuß, dessen Besitzung in dieser Frage noch aussteht, haben nämlich der "Frank. Ztg." auf 17. Mai verfügt, daß der Wunsch ausgesprochen, diese Korporation möge dem Beschluß des Gemeinderats die Zustimmung verleihen. Diesem Vorgehen liegt die merkwürdige Auffassung zu Grunde, die Abschaffung des Schuldes schade dem Aufsehen der Schule.

Deutschland.

Berlin, 18. Mai. Anlässlich des 50jährigen Gedächtniss der Gründung des ersten deutschen Parlaments ist dem Leiter jener Verfassung, dem Reichspräsidenten a. D. Dr. v. Simson, von den nun außer ihm noch lebenden "alten Frankfurtern" von der Erbskifffabrik folgende Ehrengabe zugegangen:

Hochgeehrter Herr Präsident!

Den unterzeichneten "alten Frankfurtern" von der Erbskifffabrik ist es Bedürfnis, bei dem fünfzigjährigen Jubiläum der Gründung des ersten deutschen Parlaments noch einmal Jubiläum unter sich zu gewinnen. Der in öffentlichen Blättern ergangene Einladung zu einer persönlichen Zusammenkunft am 18. Mai in Frankfurt als am Tage des Parlaments folge zu geben, darf sie nicht mißachtet werden. Daß die Mehrzahl von uns durch Alter verhindert sei, Dagegen glauben wir unsere fortwährende Zusammengehörigkeit und die ungefährliche Erinnerung an unser ehemaliges gemeinsames Wirken nicht besser betätigen zu können, als indem wir Ihnen, unter dessen trefflicher Leitung wir einst die Verfassung vom 27. März 1849 zu Stande brachten, in herzlicher Verehrung den Namen zu stellen und die Landung im Elsass zu feiern. Längst ist der Unmut darüber, daß es uns nicht vergönnt war, die von uns geschaffene Verfassung auch ins Leben zu führen, der stolzen Freude gewichen, daß die Einigung des geliebten Vaterlandes in anderer, aber bewundernswert seitdem dennoch zur Thatstufe geworden ist. Da mehr wir die der Errichtung dieses Ziels sich entgegenstellenden Schwierigkeiten selbst erfahren haben, um so besser hebt sich aus den großen Ereignissen, die wir dann zu erleben das Glück hatten, das Bild unseres herrlichen Kaisers Wilhelm hervor, auf dessen starken und einsichtigen Erfolg und Sieg sich stützen.

Als Cardenio auf Cuba wird unterm 17. Mai berichtet: Als gestern eine mit 17 Mann besetzte Kriegsschiffsluppe aus den mit Torpedos bewaffneten Gemässen hinausfahren wollte, kam in Folge eines falschen Manövers ein Torpedo zur Explosion. Alle 17 Männer kamen ums Leben. — Es wird hier nicht berichtet, ob der Verlust die Amerikaner oder die Spanier betroffen hat; doch wird nach anderweitigen Meldungen angenommen, daß es sich um eine amerikanische Schaluppe gehandelt hat.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser hat gestern Vormittag 10 Uhr in Straßburg in Gegenwart der Kaiserin, des Fürsten und der Fürstin Hohenlohe über die Straßburger Garnison die Parade abgenommen, über deren Verlauf wie folgt drahtlich berichtet wird: Der Kaiser in der Uniform des Kürassier-Regiments "Königin" ritt zunächst die Front ab. Bei dem Pionierbataillon Nr. 19 ließ der Kaiser die Offiziere und Mannschaften vorstellen, die sich bei einem hier fürstlich vorgekommenen Unfall beim Brüderkrieg, wo eine Anzahl Mannschaften verstorben waren, bei der Rettung ausgezeichnet hatten. Der Kaiser reiste einem Jeden von ihnen die Hand und übergab ihnen eigenhändig die Rettungsmedaille. Alsdann erfolgte zweimalig der Rettungsmarsch der Truppen. Nach der Parade verließ der Kaiser dem Kommandierenden General Freiherrn von Falkenstein das Großkreuz des Roten Adlerordens, den Roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und den Schwertern am Ringe dem Brigadeg

